

Gliederung

Einleitung

1. Der Bundestag

Die „Volksvertretung“ unter repräsentativen und partizipatorischen Aspekten – Die Organisation des Bundestags – Der Abgeordnete – Die Fraktionen – Die Ausschüsse – Die Funktionen des Bundestages

2. Der Bundesrat

Die politische Stellung des Bundesrats im politischen System der Bundesrepublik – Die Zusammensetzung des Bundesrats – Der Entscheidungsprozeß im Bundesrat – Die konservierende Grundhaltung des Bundesrats – Der Bundesrat als Oppositionsinstrument

3. Die Bundesregierung

Politische Rolle und Aufgaben einer Regierung – Die Organisation der Bundesregierung und ihres Apparats – Der Entscheidungsprozeß in der Bundesregierung und in den Bundesministerien

4. Das parteienstaatliche System

Grundtypen von Wahlsystemen – Das Wahlsystem unter repräsentativen und partizipatorischen (identitären) Demokratieaspekten – Das Wahlsystem in der Bundesrepublik – Theoretische Grundlegung der Bedeutung der Parteien – Rechtliche Grundlagen des Wirkens der Parteien – Organisation der Parteien, Aufgaben und Einfluß ihrer Gremien – Innerparteiliche Demokratie

5. Das bundesstaatliche System

Historische Entwicklung des bundesstaatlichen Systems – Theoretische Begründungen der föderativen Organisationsstruktur – Die rechtlichen Grundlagen der föderativen Prinzipien – Das Bundesverfassungsgericht als Garant des föderativen Systems – Der kooperative Föderalismus – Die verfassungsrechtliche Institutionalisierung der Gemeinschaftsaufgaben – Grundzüge des föderativen Finanzsystems

6. Das System der Öffentlichkeit

Historische und theoretische Begründung – Rechtliche Grundlagen – Organisation der Presse und des Rundfunks – Ökonomische Rahmenbedingungen der Medien – Funktionen der Massenmedien – Die Medienpolitik als Reformvorhaben

7. Interessenverbände

Historisch-theoretische und begriffliche Grundlegung der Organisierung von Interessen – Rechtliche Regelungen für die Organisierung von Interessen – Die Interessenverbände im politischen Willensbildungsprozeß – Die politische Rolle der Verbände

8. Das wirtschaftliche System

Begriffe und Organisation der Wirtschaft – Grundlagen der marktwirtschaftlichen Ordnungskonzeption der Bundesrepublik Deutschland – Konzeption und Realisierungsprobleme der Sozialen Marktwirtschaft – Wirtschafts- und gesellschaftspolitische Ziele im marktwirtschaftlichen Entscheidungsprozeß

9. Das sozialstaatliche System

Historisch-theoretische, rechtliche und politische Grundlegung – Bestimmungsfaktoren für Art und Umfang sozialstaatlicher Aktivitäten – Das System der sozialen Leistungen – Weiterentwicklung der Sozialpolitik zur sozialstaatlich verpflichteten Gesellschaftspolitik – Möglichkeiten und Grenzen der Ausgestaltung des Sozialstaats

Literaturverzeichnis

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	19
I. Der Bundestag	27
I.1. Die „Volksvertretung“ unter repräsentativen und partizipatorischen Aspekten	29
I.1.1. Die politische Rolle des Parlaments in der repräsentativen Demokratie	30
I.1.2. Stellung und Funktionen des Räteparlaments in der partizipatorischen Demokratie	31
I.2. Die Organisation des Bundestags	31
I.2.1. Verfassungsrechtliche Voraussetzungen	32
I.2.2. Gesetzliche Grundlagen (Geschäftsordnung des Bundestags)	32
I.2.3. Institutionen (Organe) des Bundestags	33
I.2.3.1. Der Bundestagspräsident und seine Stellvertreter (Vizepräsidenten)	33
I.2.3.2. Die Schriftführer und der Sitzungsvorstand	34
I.2.3.3. Der Ältestenrat	35
I.2.3.4. Die parlamentarischen Geschäftsführer der Fraktionen	35
I.2.4. Der Abstimmungsprozeß bei Bundestagsbeschlüssen	36
I.3. Der Abgeordnete	37
I.3.1. Die Sonderstellung des Abgeordneten	38
I.3.2. Der Handlungsspielraum eines Abgeordneten	39
I.3.2.1. Der Abgeordnete als Mitglied seiner Fraktion	39
I.3.2.2. Abhängigkeiten und „Gestaltungswille“ eines Abgeordneten	40
I.4. Die Fraktionen	41
I.4.1. Beziehungen zwischen Fraktion und Partei	41
I.4.2. Rechtliche Grundlagen der Organisation der Fraktionen	43
I.4.3. Die Fraktionen und ihre Gremien im parlamentarischen Willensbildungsprozeß	44
I.4.3.1. Die Fraktionen	44
I.4.3.2. Der Fraktionsvorsitzende	44
I.4.3.3. Die Arbeitskreise und Arbeitsgruppen der Fraktionen	45
I.5. Die Ausschüsse	46
I.5.1. Bildung und Zusammensetzung von Ausschüssen	46
I.5.1.1. Zahl und Grundtypen der Ausschüsse	46
I.5.1.2. Das Rekrutierungsverfahren für die Ausschüsse	47
I.5.1.3. Politische Bedeutung der einzelnen Ausschüsse	48
I.5.1.4. Aufgabenbereiche und Arbeitsweise der Ausschüsse	49
I.5.1.4.1. Gesetzesvorbereitende und kontrollierende Funktionen	49
I.5.1.4.2. Öffentliche Ausschußsitzungen und Anhörungen (Hearings)	51

1.6.	Die Funktionen des Bundestages	52
1.6.1.	Die Gesetzgebungsfunktion	52
1.6.1.1.	Der Gesetzgebungsprozeß	53
1.6.1.2.	Beeinflussung des Gesetzgebungsprozesses durch die Parlaments- institutionen	58
1.6.1.3.	Die politische Sonderrolle des Vermittlungsausschusses	58
1.6.2.	Die Kontrollfunktion	59
1.6.2.1.	Formale Regelungen für die parlamentarische Kontrolle	59
1.6.2.2.	Parlamentarische Kontrollinstrumente	61
1.6.2.2.1.	Die Große Anfrage	62
1.6.2.2.2.	Die Kleine Anfrage	62
1.6.2.2.3.	Die Fragestunde	62
1.6.2.2.4.	Die aktuelle Stunde	63
1.6.2.3.	Die Kontrollfunktionen der Untersuchungsausschüsse und der Op- position	64
1.6.2.3.1.	Der Untersuchungsausschuß	64
1.6.2.3.2.	Die Bundestagsopposition	64
1.6.2.3.3.	Interne Kontrolle	66
1.6.3.	Die Krefationsfunktion (Bestellung und Entlassung des Regierungs- chefs)	66
1.6.3.1.	Wahl des Bundeskanzlers	67
1.6.3.2.	Rücktritt des Bundeskanzlers	67
1.6.3.2.1.	Freiwilliger Rücktritt	67
1.6.3.2.2.	Das konstruktive Mißtrauensvotum	68
1.6.3.2.3.	Das Vertrauensvotum	68
1.6.4.	Die Budgetfunktion	69
1.6.4.1.	Haushaltsgestaltung	69
1.6.4.2.	Haushaltskontrolle	70
1.6.5.	Die Erziehungs- und Integrationsfunktion	71
2.	Der Bundesrat	73
2.1.	Die politische Stellung des Bundesrats im politischen System der Bundesrepublik	74
2.2.	Zusammensetzung, Stimmabgabe und Funktionenverteilung des Bundesrats	75
2.2.1.	Formale Regelung der Mitgliedschaft im Bundesrat	75
2.2.2.	Zahl der Mitglieder und Modus der Stimmabgabe	76
2.2.3.	Die Funktionen des Bundesratspräsidenten, des Bundesrats-Direk- tors und der Bevollmächtigten der Länder	77
2.2.4.	Problematik der Zusammensetzung der Bundesrats-Ausschüsse	78
2.3.	Der Entscheidungsprozeß im Bundesrat	78
2.3.1.	Formale Mitwirkung des Bundesrats an der Gesetzgebung	78
2.3.2.	Der formale und faktische Geschäftsgang im Bundesrat	79
2.3.3.	Die Einflußnahme der Beamten auf den Entscheidungsprozeß	80
2.3.3.1.	Der Einfluß der Beamten in den Ausschüssen	80

2.3.3.2.	Administrative Präjudizierung der Kabinettsentscheidungen	81
2.4.	Die konservierende Grundhaltung des Bundesrats	82
2.4.1.	Der Konservatismus der Beamten	82
2.4.2.	Das Selbstverständnis der Amtsinhaber	82
2.5.	Der Bundesrat als Oppositionsinstrument	83
2.5.1.	Verfassungsrechtliche Zulässigkeit	83
2.5.2.	Verdrängung des bundesstaatlichen durch das parteienstaatliche Prinzip	84
2.5.3.	Handlungsspielraum für oppositionelle Politik	85
3.	Die Bundesregierung	88
3.1.	Politische Rolle und Aufgaben einer Regierung	90
3.2.	Die Organisation der Bunderegierung und ihres Apparats	91
3.2.1.	Die Bundesregierung	91
3.2.1.1.	Formale Bestellung, Entlassung und Zusammensetzung der Bun- desregierung	91
3.2.1.2.	Einflußfaktoren bei der Regierungsbildung bzw. Regierungs- beendigung	92
3.2.1.3.	Die Geschäftsordnung der Bundesregierung	93
3.2.1.4.	Die organisatorischen Grundprinzipien der Bundesregierung	94
3.2.1.4.1.	Die Aufgabenbereiche nach dem Kanzlerprinzip	95
3.2.1.4.2.	Die Aufgabenbereiche nach dem Kabinettsprinzip	95
3.2.2.	Die Bundesministerien als Verwaltungsapparat der Bundesregie- rung	99
3.2.2.1.	Grundlegende Funktionen und politischer Rang	99
3.2.2.2.	Die Geschäftsordnung der Bundesministerien und der Aufbau eines Ministeriums	100
3.2.2.3.	Die Errichtung neuer Ministerien und die Zuständigkeitsverteilung zwischen den Bundesministerien	101
3.3.	Der Entscheidungsprozeß in der Bundesregierung und in den Bun- desministerien	102
3.3.1.	Die Bundesregierung	102
3.3.1.1.	Der formale Entscheidungsprozeß	102
3.3.1.2.	Der an der Aufgabenplanung orientierte Entscheidungsprozeß	105
3.3.1.3.	Die reaktive oder antizipatorische Politik der Bundesregierung	107
3.3.1.3.1.	Die bisherige reaktive Regierungspolitik	107
3.3.1.3.2.	Rechtliche und institutionelle Voraussetzungen für eine antizipa- torische Politik	108
3.3.1.3.3.	Die Entwicklung eines Planungsinstrumentariums für eine anti- zipatorische Politik	109
3.3.2.	Die Bundesministerien und ihre Minister	116
3.3.2.1.	Funktionen in der Organisation der Ministerien	116
3.3.2.2.	Grundsätzliche Wirkungskreise der Ressortchefs	117
3.3.2.3.	Die formale und informelle Willensbildung in den Ministerien	118
3.3.2.4.	Bestimmungsfaktoren des Einflusses eines Ministers	119

4. Das parteienstaatliche System	121
4.1. Grundtypen von Wahlsystemen	122
4.1.1. Das Verhältniswahlsystem	123
4.1.1.1. Organisation des Wahlgebiets und der Listen im Verhältniswahl- system	123
4.1.1.2. Charakteristika des Verhältniswahlsystems	123
4.1.1.2.1. Das Merkmal der Gerechtigkeit	123
4.1.1.2.2. Das Kriterium der Parteiendemokratie-Adäquanz	124
4.1.1.2.3. Die Repräsentation aller sozialer Gruppen	125
4.1.2. Das Mehrheitswahlsystem	125
4.1.2.1. Organisatorische Grundlagen des Mehrheitswahlsystems	125
4.1.2.2. Kriterien des Mehrheitswahlsystems	126
4.1.2.2.1. Erleichterung der Regierungsbildung (numerischer Faktor)	126
4.1.2.2.2. Begünstigung des Zweiparteiensystems (psychologischer Faktor)	126
4.1.2.2.3. Erschwerung der Parteienspaltung	127
4.1.2.2.4. Schwierigkeit der Etablierung neuer Parteien	127
4.1.2.2.5. Nichtberücksichtigung aller gültig abgegebenen Stimmen	128
4.2. Das Wahlsystem unter alternativen Demokratieaspekten	128
4.2.1. Bedingungen, Ziele und Funktionen des Wahlsystems der reprä- sentativen Demokratie	128
4.2.2. Postulate und Funktionen des Wahlsystems der partizipatorischen Demokratie	129
4.3. Das Wahlsystem der Bundesrepublik	130
4.3.1. Kriterien und Manifestation des Wahlrechts	130
4.3.2. Das personalisierte Verhältniswahlsystem	131
4.3.2.1. Grundsätze des kombinierten Wahlsystems	131
4.3.2.2. Berechnung und Zuteilung der Bundestagsmandate	131
4.4. Theoretische Grundlegung der Bedeutung der Parteien	133
4.5. Rechtliche Grundlagen des Wirkens der Parteien	135
4.5.1. Mitwirkung bei der politischen Willensbildung	135
4.5.2. Die innere Ordnung der Parteien und die Parteienfinanzierung	136
4.5.2.1. Bestimmungen des Grundgesetzes zur inneren Struktur	136
4.5.2.2. Parteienfinanzierung	136
4.5.2.2.1. Verbot der staatlichen Parteienfinanzierung und Erlaubnis der Wahlkampfkostenerstattung	136
4.5.2.2.2. Parteienfinanzierung und Demokratietypus	137
4.5.2.3. Das Parteienverbot	138
4.5.3. Das Parteiengesetz	138
4.5.3.1. Grob-Gliederung	139
4.5.3.2. Stellung und Aufgaben der Parteien	139
4.6. Organisation der Parteien, Aufgaben und Einfluß ihrer Gremien	140
4.6.1. Die SPD	140
4.6.1.1. Die Organisationsstufen der SPD	140
4.6.1.2. Organe der SPD auf Bundesebene	141

4.6.1.2.1. Der Parteitag	141
4.6.1.2.2. Der Parteirat	142
4.6.1.2.3. Der Parteivorstand	142
4.6.1.2.4. Das Parteipräsidium	143
4.6.2. Die CDU	144
4.6.2.1. Organisatorische Struktur der CDU	144
4.6.2.2. Organe auf Bundesebene	144
4.6.2.2.1. Der Bundesparteitag	144
4.6.2.2.2. Der Bundesvorstand	145
4.6.2.2.3. Das Präsidium	146
4.6.3. Die CSU	146
4.6.3.1. Sonderstatus und grundsätzliche Organisation der CSU	146
4.6.3.2. Bedeutende Parteiorgane	147
4.6.3.2.1. Der Bezirksverband	147
4.6.3.2.2. Der Landesverband	148
4.6.4. Die FDP	149
4.6.4.1. Organisatorischer Aufbau der FDP	149
4.6.4.2. Die Organe auf Bundesebene	149
4.6.4.2.1. Der Bundesparteitag	149
4.6.4.2.2. Der Bundesvorstand und das Bundespräsidium	149
4.7. Innerparteiliche Demokratie	150
4.7.1. Rekrutierungsprozeß der Delegierten zum Parteitag und Entscheidungsdominanz des Vorstands	150
4.7.2. Parteiinterne Mittelverteilung	151
4.7.3. Innerparteiliche Demokratie im System der Repräsentation und der Partizipation	152
4.7.4. Der Entscheidungsprozeß bei der Kandidatenaufstellung zum Bundestag	154
4.7.4.1. Formale Nominierung von Direktkandidaten durch Wahlkreisdelegiertenversammlungen	154
4.7.4.2. Formale Nominierung von Landeslistenkandidaten durch Landesdelegiertenkonferenzen	155
4.7.4.3. Nominierung der Wahlkreiskandidaten durch örtliche Oligarchien	155
4.7.4.4. Nominierung der Landeslistenkandidaten durch den Landesvorstand bzw. die Vorschlagsausschüsse	157
4.7.4.5. Kandidatenvorauswahl und Einfluß der Basis	158
4.7.4.5.1. Innerparteiliche Vorauswahl durch eine kleine Gruppe	158
4.7.4.5.2. „Demokratisierung“ durch Bindung der Gewählten an die Weisungen der Basis (imperatives Mandat)	159
5. Das bundesstaatliche System	162
5.1. Historische Entwicklung des bundesstaatlichen Systems	163
5.2. Theoretische Begründungen der föderativen Organisationsstruktur	165
5.2.1. Ethnische und geographische Rechtfertigung	165
5.2.2. Das Kriterium der Demokratie-Adäquanz	166

5.2.3.	Das Merkmal der Gewaltentrennung	168
5.2.4.	Das Prinzip des Wettbewerbs	168
5.3.	Die rechtlichen Grundlagen der föderativen Prinzipien	169
5.3.1.	Die verfassungsrechtliche Unantastbarkeit der föderativen Struktur	169
5.3.2.	Kriterien der bundesstaatlichen Unantastbarkeit	170
5.4.	Die verfassungsgerichtliche Garantie des föderativen Systems	171
5.5.	Der kooperative Föderalismus	172
5.5.1.	Begriffliche und inhaltliche Bestimmung	172
5.5.2.	Kooperation zwischen den Ländern	172
5.5.2.1.	Die informelle Zusammenarbeit	173
5.5.2.2.	Die institutionalisierte Kooperation	173
5.5.2.3.	Die Selbstkoordinierung der Länder durch Staatsverträge und Verwaltungsabkommen	174
5.5.3.	Kooperation zwischen Bund und Ländern	174
5.5.3.1.	Die informelle Kooperation zwischen Bund und Ländern	175
5.5.3.2.	Die Vertretungen der Länder beim Bund	175
5.5.3.3.	Die Besprechungen des Bundeskanzlers mit den Regierungschefs der Länder	176
5.5.3.4.	Die Bund-Länder-Ausschüsse	176
5.5.3.5.	Staatsverträge und Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern	177
5.6.	Die Gemeinschaftsaufgaben	177
5.6.1.	Das Institut der Gemeinschaftsaufgaben von Bund und Ländern	178
5.6.2.	Die Gestaltung der Gemeinschaftsaufgaben	179
5.6.3.	Die Kritik an den Gemeinschaftsaufgaben	180
5.6.3.1.	Der grundsätzliche Handlungs- und Finanzierungsspielraum	180
5.6.3.2.	Die parlamentarische Beteiligung am Planungsprozeß	181
5.6.3.3.	Der Gestaltungsspielraum der Landesregierungen und die Kooperation zwischen den Ressorts	181
5.6.3.4.	Das Entscheidungsgewicht der Ministerialbürokratie	181
5.7.	Grundzüge des föderativen Finanzsystems	182
5.7.1.	Lastenverteilungsgrundsatz und Geldleistungsgesetze	182
5.7.2.	Finanzhilfen des Bundes an die Länder und Gemeinden	183
5.7.3.	Die Steuergesetzgebung und das Steueraufkommen	184
5.7.4.	Haushaltsrecht und Haushaltspolitik	186
6.	Das System der Öffentlichkeit	188
6.1.	Historische und theoretische Begründung	189
6.2.	Rechtliche Grundlagen	191
6.2.1.	Freiheit der Meinungsäußerung	191
6.2.2.	Pressefreiheit	192
6.2.3.	Rundfunkfreiheit	192
6.2.4.	Schranken für die Rechte des Art. 5 GG	193

6.3.	Organisation der Presse und des Rundfunks	193
6.3.1.	Privatwirtschaftlich organisierte Presse und öffentlich-rechtlich organisierte Anstalten	193
6.3.2.	Organisationsstruktur der Rundfunk- und Fernsehanstalten und politische Einflußnahme	194
6.3.2.1.	Der Rundfunkrat und der Verwaltungsrat der Rundfunkanstalten	194
6.3.2.2.	Die Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland (ARD)	195
6.3.2.3.	Das Zweite Deutsche Fernsehen (ZDF)	197
6.4.	Ökonomische Rahmenbedingungen der Medien	199
6.4.1.	Werbung und Tendenz zur Oligopolisierung	199
6.4.2.	Legitimation der „demokratischen“ Öffentlichkeit	201
6.5.	Funktionen der Massenmedien	201
6.5.1.	Informationsfunktionen der Medien	202
6.5.2.	Meinungsbildung durch Medieninhalte	203
6.5.3.	Die Artikulation gesellschaftlicher und privater Probleme sowie der „öffentlichen“ Meinung	206
6.5.4.	Kontrollfunktionen der Massenmedien	209
6.5.4.1.	Bedingungen und Intensität wirksamer Kontrollfunktionen	209
6.5.4.2.	Notwendigkeit der Erweiterung des Kontrollsystems	209
6.6.	Die Medienpolitik als Reformvorhaben	210
6.6.1.	Ausgangslage	210
6.6.2.	Bestandteile einer „positiven“ Medienpolitik – Beispiel: Presse	210
6.6.3.	Die medienpolitischen Grundsätze der Parteien	212
6.6.3.1.	Beibehaltung der privatwirtschaftlichen und öffentlich-rechtlichen Organisation von Presse und Rundfunk	212
6.6.3.2.	Interne Pressefreiheit (Publizistische Grundhaltung)	213
6.6.3.3.	Mitbestimmungsrechte der Redakteure	213
6.6.3.3.1.	Redaktionsstatute	213
6.6.3.3.2.	Zusammensetzung, Wahl und Aufgaben des Redaktionsrats (Redaktionsausschüsse oder Redaktionsvertretung)	213
6.6.3.3.3.	Meinungsfreiheit und Zeugnisverweigerungsrecht der Redakteure	214
6.6.4.	Interne Rundfunkfreiheit und Rundfunkstruktur	214
6.6.4.1.	Publizität der Aufsichtsgremien und Mitwirkungsrechte der Redaktionsvertretung	214
6.6.4.2.	Bildung eines Direktorenkollegiums	214
6.6.4.3.	Zusammensetzung der Aufsichtsgremien der Rundfunkanstalten	215
6.6.5.	Pressekonzentration und Meinungsvielfalt	215
7.	Interessenverbände	217
7.1.	Historisch-theoretische und begriffliche Grundlegung der Organisation von Interessen	218
7.1.1.	Entwicklung der Aufgaben- und Interessenwahrnehmung staatlicher Institutionen und sozialer Gruppen	219
7.1.2.	Typologisierung der Interessenverbände	219

7.2.	Rechtliche Regelungen für die Organisierung von Interessen	221
7.2.1.	Die Koalitionsfreiheit und Tarifautonomie	221
7.2.2.	Das Tarifvertragsgesetz (TVG)	222
7.2.3.	Gesetz über die Festsetzung von Mindestarbeitsbedingungen	222
7.3.	Die Interessenverbände im politischen Willensbildungsprozeß	223
7.3.1.	Kriterien der Wirksamkeit von Verbandsaktivitäten	224
7.3.1.1.	Die Organisationsstruktur	224
7.3.1.2.	Konkurrenzsituation und die Sonderstellung einzelner Gruppen	226
7.3.1.3.	Grad der ideologischen Affinität	228
7.3.2.	Die unterschiedlichen Interessen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber	228
7.3.2.1.	Der Forderungscharakter der Interessen der Gewerkschaften	228
7.3.2.2.	Die Abwehrhaltung der Arbeitgeberverbände gegenüber den Gewerkschaftsforderungen	230
7.3.3.	Die Interessenverbände im Verflechtungssystem von Wirtschaft und Staat	231
7.3.3.1.	Verbindungen zwischen Banken und Regierungsapparat	231
7.3.3.2.	Verflechtungen in Wissenschaft und Forschung	233
7.3.3.3.	Kommunikationssystem zwischen Rüstungsindustrie und Staat	235
7.3.4.	Entscheidungsspielräume für kapital- und arbeitsorientierte Interessen	235
7.3.5.	Die Verbandsaktivitäten unter wahltaktischen Aspekten	237
7.3.5.1.	Bedingungen wirksamen Verbandseinflusses vor der Wahl	238
7.3.5.2.	Adressaten der Einflußnahme nach der Wahl	238
7.4.	Die politische Rolle der Verbände	241
7.4.1.	Notwendigkeit der Verbandsfunktionen und Grenzen der Verbandsaktivitäten	241
7.4.2.	Innerverbandliche und gesellschaftspolitische Aspekte der Verbandsaktivitäten	242
7.4.3.	Kritik an der „Herrschaft“ der Verbände	244
8.	Das wirtschaftliche System	248
8.1.	Begriffe und Organisation der Wirtschaft	250
8.1.1.	Definition der Wirtschaftsverfassung und des Wirtschaftssystems	250
8.1.2.	Grundsätzliche Organisation einer Wirtschaft	250
8.1.3.	Formaler Entscheidungsprozeß im marktwirtschaftlichen System	251
8.2.	Grundlagen der marktwirtschaftlichen Ordnungskonzeption der Bundesrepublik Deutschland	252
8.2.1.	Historische und theoretische Grundlegung	252
8.2.2.	Rechtliche Grundlagen	255
8.2.2.1.	Das Grundgesetz und das Wirtschaftssystem	255
8.2.2.2.	Wirtschaftsrechtlich bedeutende Grundrechte und Gesetze	256
8.2.2.2.1.	Gleichheit	256
8.2.2.2.2.	Freiheit	256
8.2.2.2.3.	Eigentum	257

8.2.2.2.4. Wettbewerbsrecht	258
8.2.2.2.5. Das Stabilitätsgesetz	260
8.3. Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft und Realisierungsprobleme marktwirtschaftlicher Prinzipien	261
8.3.1. Hauptelemente und Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft	261
8.3.2. Realisierungsprobleme der formalen Prinzipien	262
8.3.2.1. Die Freiheit der Eigentumsnutzung und Risikoübernahme	262
8.3.2.2. Die Konsum- und Wettbewerbsfreiheit	264
8.3.2.3. Die Gewerbe-, Produktions- und Handelsfreiheit	265
8.3.2.4. Die Freiheit der Berufs- und Arbeitsplatzwahl	265
8.4. Wirtschafts- und gesellschaftspolitische Ziele im marktwirtschaftlichen Entscheidungsprozeß	265
8.4.1. Wirtschaftliches Wachstum und Investitionslenkung	266
8.4.1.1. Indikator des wirtschaftlichen Wachstums	266
8.4.1.2. Ziele und Bedingungen des Wachstums	267
8.4.1.3. Konsequenzen des wirtschaftlichen Wachstums	271
8.4.1.4. Investitionslenkung	272
8.4.1.4.1. Mängel der herkömmlichen Investitionspolitik	272
8.4.1.4.2. Begründung und Ziele einer gesellschaftlichen Investitionslenkung	273
8.4.1.4.3. Arten der Investitionslenkung	275
8.4.1.4.4. Rangskala gesellschaftlicher Bedürfnisse (Bedarfsrangskala)	279
8.4.1.4.5. Zusammenfassende Kritik an der Investitionslenkung	280
8.4.2. Die Stabilität des Preisniveaus	283
8.4.2.1. Maßstab, Ursachen und Folgen der Preissteigerungen	283
8.4.2.2. Das Stabilitätsgesetz als konjunktur- und preispolitisches Instrument	285
8.4.2.2.1. Notwendigkeit der Verbesserung des Stabilitätsgesetzes	286
8.4.2.2.2. Die Einführung von Regelmechanismen	287
8.4.3. Beschäftigungspolitik	288
8.4.3.1. Maßstab und rechtliche Begründung für die Beschäftigung	289
8.4.3.2. Ursachen für Beschäftigungslosigkeit	290
8.4.3.3. Ziele der Beschäftigungspolitik	291
8.4.3.4. Strukturpolitisch orientierte Beschäftigungspolitik	291
8.4.3.5. Qualitative Aspekte der Beschäftigungspolitik	295
8.4.4. Wettbewerbspolitik	296
8.4.4.1. Begründung für die Konzentration	296
8.4.4.1.1. Massenproduktion	296
8.4.4.1.2. Finanz- und Absatzpolitik	297
8.4.4.1.3. Technischer Fortschritt	297
8.4.4.2. Fusionskontrolle	298
8.4.4.3. Vertikale Preisbindung	301
8.4.4.4. Mißbrauchsaufsicht über marktbeherrschende Unternehmen (Preis- mißbrauchsaufsicht)	303
8.4.4.5. Ordnungspolitische Folgen des Konzentrationstrends	305

9. Das sozialstaatliche System	308
9.1. Historisch-theoretische, rechtliche und politische Grundlegung . .	310
9.1.1. Historisch-theoretische Entwicklung	310
9.1.1.1. Entwicklung vom liberalen Rechtsstaat zum rechtsstaatlich gebundenen Sozialstaat	310
9.1.1.2. Die Sozialstaatlichkeit bei den Verfassungsschöpfern	311
9.1.1.3. Die alternativen Sozialstaatsmodelle der großen Parteien	313
9.1.2. Verfassungsrechtliche Begründung der Sozialstaatlichkeit	316
9.1.3. Die Sozialstaatlichkeit als politisches Organisationsprinzip	317
9.2. Bestimmungsfaktoren für Art und Umfang sozialstaatlicher Aktivitäten	318
9.2.1. Die Gesetzgebung und Rechtsprechung	318
9.2.2. Die föderative Organisation	321
9.2.3. Forderungen der Parteien und Verbände	322
9.2.4. Ökonomische Faktoren	323
9.3. Das System der sozialen Leistungen	324
9.3.1. Das System der sozialen Sicherung	325
9.3.1.1. Gliederung und Organisationsprinzipien	325
9.3.1.2. Aufbau und Ausbau des Systems der Sozialversicherung	326
9.3.1.2.1. Rentenversicherung	327
9.3.1.2.2. Krankenversicherung	328
9.3.1.2.3. Arbeitslosenversicherung	330
9.3.1.2.4. Weiterentwicklung der Sozialversicherung	330
9.3.2. Das umfassendere System direkter und indirekter Sozialleistungen	337
9.3.2.1. Arbeits- und Ausbildungsförderung	337
9.3.2.2. Kindergeld und Familienzuschläge im öffentlichen Dienst	338
9.3.2.3. Kriegsopferversorgung und Kriegsopferfürsorge	338
9.3.2.4. Vermögensbildung	338
9.3.2.5. Steuervergünstigungen	339
9.4. Weiterentwicklung der Sozialpolitik zur sozialstaatlich verpflichteten Gesellschaftspolitik	339
9.4.1. Merkmale der herkömmlichen Sozialpolitik	340
9.4.2. Gesellschaftspolitik als soziale Infrastrukturpolitik	340
9.4.2.1. Bildungsbereich	341
9.4.2.2. Gesundheitsbereich	342
9.4.2.3. Umweltschutz	343
9.4.2.4. Beschäftigungsbereich	344
9.5. Möglichkeiten und Grenzen der Ausgestaltung des Sozialstaats . .	345
9.5.1. Das Informations- und Steuerungsinstrument der sozialen Indikatoren	345
9.5.1.1. Zielsetzungen und Merkmale	345
9.5.1.2. Mängel des Systems sozialer Indikatoren	348
9.5.2. Handlungsspielraum für sozialstaatliche Aktivitäten	348
9.5.2.1. Ökonomische Rahmenbedingungen	349

9.5.2.1.1. Unternehmerische Dispositionsfreiheit	349
9.5.2.1.2. Wirtschaftliche Wachstumsraten und Auslastung der Kapazitäten	349
9.5.2.1.3. Unkalkulierbarkeit der weltwirtschaftlichen Entwicklung	350
9.5.2.2. Öffentlicher Finanzierungsrahmen	350
9.5.2.3. Verpflichtung zur Wirtschaftlichkeit und Reprivatisierung	350
9.5.3. Ansatzpunkte für die Weiterentwicklung des gesellschaftlichen status quo	352
9.5.3.1. Infragestellung bestehender Einkommens- und Vermögensverhält- nisse	353
9.5.3.2. Demokratisierung in Staat und Wirtschaft	354
Literaturverzeichnis	355